

Gebäudesanierung wird weiter gefördert

BERLIN Drastische Kürzung des entsprechenden Programms ist vom Tisch / 2011 plant die Regierung dafür 950 Mill. € ein

Ein entsprechender Plan wird heute in den Fraktionen und dann im Kabinett beraten.

dpa ■ Das Klimaschutz-Sanierungsprogramm für Gebäude soll nun doch nicht gekürzt werden. Die Bundesregierung will im kommenden Jahr 950 Mill. € dafür zur Verfügung stellen. Das verlautete gestern aus Regierungskreisen. Heute wollen die Fraktionen von Union und FDP darüber abschließend beraten, bevor morgen das Kabinett entscheidet.

Ursprünglich hatte Bauminister Peter Ramsauer (CSU) das Programm als Beitrag zum rund 80 Mrd. € schweren Sparpaket der Regierung auf 450 Mill. € zusammenstreichen wollen. Nun sollen aber 2011 mindestens 500 Mill. € draufgepackt werden. Da die Gebäudesanierung für mehr Energieeffizienz ein Herzstück des Energiekonzeptes ist, war die Kürzung als Widerspruch zu den Regierungsplänen kritisiert worden.

Auf Gebäude entfallen 40 Prozent des deutschen Energieverbrauchs. Durch bessere Dämmung und neue Fenster sowie

durch eine Versorgung mit Öko-Energien sollen bis 2050 die klimaschädlichen CO₂-Emissionen im Gebäudesektor um rund 80 Prozent gemindert werden.

„Wir halten eine Erhöhung für sinnvoll, schließlich profitiert das Handwerk von dem Programm, und es dient dem Klimaschutz“, sagte der baupolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Sebastian Körber. Das Programm müsse mit den Geldern aus dem Ökoenergie-Fonds, die die Energiekonzerne für längere Atomlaufzeiten zahlen sollen, schrittweise weiter steigen.

Drei Viertel des Altbaubestandes wurden vor der ersten Wärmeschutzverordnung 1979 errichtet, deshalb sieht die Regierung hier große Einsparpotenziale beim Energieverbrauch. Auf einen ursprünglich verfügten Zwang zum Sanieren will sie aber verzichten. Nun heißt es im Programmentwurf, der der Presse bereits vorliegt: „Wir wollen dabei Anreize setzen, aber keine Zwangssanierungen anordnen.“ Um diesen Anreiz zu schaffen, hält das Bauministerium eine deutliche Aufstockung von Fördermitteln – etwa des Gebäudesanierungsprogramms der KfW-Bankengruppe – für notwendig. Angesichts der Kosten für die energetische Gebäudesanierung fordert das Bundesbauministerium einen Großteil des Geldes aus

längeren Atomlaufzeiten. „Wir wollen einen möglichst großen Anteil davon“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär Jan Mücke. Das müsse mindestens ein dreistelliger Millionenbetrag sein. Langfristig hält Mücke 3 Mrd. € pro Jahr für notwendig, um die energetische Sanierung im angestrebten Maße umzusetzen. Zudem soll es eine Abrissprämie geben, wenn sich

Häuser nicht mehr energetisch sanieren lassen und ein Neubau günstiger wäre.

Der Deutsche Mieterbund kritisierte das scharf. „Erst werden Häuser mit öffentlichen Zuschüssen gebaut und dann werden sie mit öffentlichen Zuschüssen abgerissen“, sagte Mieterbund-Präsident Franz-Georg Rips heute in einem Zeitungsinterview.



Wer sein Haus – etwa durch eine bessere Dämmung – energietechnisch aufrüstet, darf auch künftig auf Fördermittel hoffen.

Foto: dpa